Rede des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, am 9. Februar 2023 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren Abgeordnete,

in wenigen Tagen endet meine Amtszeit. Ich freue mich sehr, heute noch einmal hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Bitte erwarten Sie keine Abschiedsrede. Die Sache, um die es geht, ist so wichtig, dass ich Sie alle heute noch einmal darauf einschwören will. Es geht um nicht weniger als um ein Generationen-Projekt, das auf das engste mit unserer Demokratie- und Freiheitsgeschichte verbunden ist.

Die Weiterentwicklung des **Campus für Demokratie**, über die Sie heute abstimmen, braucht nicht nur Ihre Zustimmung. Der Campus für Demokratie braucht weit mehr - nämlich nachhaltigen, leidenschaftlichen, von gemeinsamer Verantwortung getragenen Einsatz - vom Senat und von Ihnen. Und nicht nur von Ihnen. Sondern auch von Ihren Nachfolgern in diesem Hohen Haus. Und von deren Nachfolgern. Das gleiche gilt für den Deutschen Bundestag.

Warum ist es so dringlich, gerade jetzt den Campus für Demokratie auf eine neue Stufe zu heben? Weil es ein sehr langwieriges Projekt ist. 15 bis 20 Jahre wird die Entwicklung des Campus für Demokratie mindestens in Anspruch nehmen. Das ist eine lange Zeit. Eine Zeit, in der die Erinnerung der Friedlichen Revolution und die Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht stillstehen darf, sondern kraftvoll und lebendig weitergeführt werden muss.

Und das besonders im Campus, wo heute bereits Einrichtungen mit hervorragenden erinnerungskulturellen Angeboten ansässig sind. Deren wichtige Arbeit darf nicht durch Bauarbeiten lahmgelegt oder beeinträchtigt werden.

Auch deshalb ist es wichtig, dass der Berliner Senat eine **Projektgesellschaft** für die Entwicklung des Campus für Demokratie ins Leben ruft.

Es geht nicht nur darum, einen riesigen Standort, der von zahlreichen Missständen geprägt ist, langfristig erfolgreich zu entwickeln. Es geht auch darum, die öffentlichen Interessen von Land, Bund und Bezirk zu koordinieren und nicht zuletzt heute bereits

ansässige wie künftige Nutzer einzubeziehen und ihnen während der Bauphase gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Denn die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die politisch so wichtige Erinnerung der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte verträgt keinen Aufschub. Wir müssen schon heute alles tun, um jene Einrichtungen zu stärken, die sich diesen Themen widmen.

Ganz besonders ans Herz lege ich Ihnen deshalb das **Forum Opposition und Widerstand 1945-1990** – ein zentraler Baustein des Campus für Demokratie. Ein entsprechender Beschluss des Deutschen Bundestages liegt vor, die Robert-Havemann-Gesellschaft hat eine Machbarkeitsstudie erstellt. Sie werden mit Ihrem Beschluss heute bekräftigen, dass es der ausdrückliche Wille des Landes Berlin ist, das Forum Opposition und Widerstand im Campus für Demokratie umzusetzen. Die Mittel, die die Robert-Havemann-Gesellschaft für die nächsten Entwicklungsschritte bis Ende 2025 benötigt, will ich mit Ihrer Unterstützung im nächsten Doppelhaushalt verankern. Jetzt muss der Senat seiner Verantwortung nachkommen und beim Bund eine schnelle Realisierung des Forums Opposition und Widerstand einfordern. Der Deutsche Bundestag ist aufgefordert, diesen Prozess aktiv voranzubringen.

Es geht darum, meine Damen und Herren, diese zentrale Einrichtung unserer deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte nicht auf die lange Bank zu schieben. Handeln sie jetzt!

Wir begehen in diesem Jahr den **70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953**. Berlins Freiheitsgeschichte gehört zur DNA unserer Stadt. Berlin erfährt als „Stadt der Freiheit“ weltweit große Aufmerksamkeit und Wertschätzung.

Mit dem Forum Opposition und Widerstand würde ein zentraler Ort dieser Freiheitsgeschichte geschaffen. Ein Ort, an dem das Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur als ein bedeutsames Kapitel der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte vermittelt wird und so Eingang in unsere Erinnerungskultur findet. Damit hätte auch das Gedenken des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 eine gute Verankerung.

Das Forum Opposition und Widerstand sollte deshalb nicht erst in 20 Jahren, sondern so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen können - mit der provisorischen Nutzung eines hochsymbolischen Ortes.

Bis die Voraussetzung im Campus für Demokratie geschaffen sind, schlage ich deshalb vor, dass ein Element des **Forums Opposition und Widerstand** vorübergehend in das **Humboldtforum** einzieht und dort ein echtes Ärgernis beseitigt. Ich finde es wichtig, dass die **Ausstellung Berlin Global** auf ein junges Publikum abzielt. Umso enttäuschender ist, was dort zum Thema SED-Diktatur und Friedliche Revolution präsentiert wird. Die Ausstellung grenzt in ihrer Harmlosigkeit an Geschichtsklitterung - und das auf dem Schlossplatz, an einem Ort, der einst das Herrschaftszentrum der SED-Diktatur war und der auch für die deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte sehr wichtig ist.

Wie auch immer man zum Abriss des Palastes der Republik stehen mag, er lässt sich nicht so einfach popkulturell als „Erichs Lampenladen“ und Ort für leichte Volksbelustigung überschreiben. Er war Teil der SED-Diktatur. Diesen Zusammenhang blendet die Ausstellung aus. Wie kann das sein: Das Humboldtforum ist inzwischen ein Ort, der sich sehr ernsthaft mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinandersetzt, aber die SED-Diktatur weichgespült darstellt? Das ist aus meiner Sicht ein Skandal.

Deshalb plädiere ich dafür, das Humboldtforum für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit deutscher Diktatur und Freiheitsgeschichte zu öffnen. Und dort, wo heute die Ausstellung Berlin Global ist, eine Ausstellung zu Opposition und Widerstand von 1945 bis 1989 provisorisch unterzubringen. Damit würde das Humboldtforum direkt mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal auf dem Schlossplatz kommunizieren. Das war bisher nicht der Fall. Und ähnlich wie die Museen im Humboldtforum, die mit anderen Kulturen kommunizieren, sendet die Ausstellung zu Opposition und Widerstand ein Signal der Ermutigung und Solidarität in die Welt. Es gilt jenen Menschen, die sich Diktaturen heute und zukünftig widersetzen und für ihre demokratischen Rechte kämpfen.

Meine Damen und Herren, es ist so wichtig, dass wir uns weiterhin mit ganzer Kraft dafür engagieren, die Erinnerung an die deutsche Freiheitsbewegung lebendig zu halten. Das geht aber nur, wenn Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur darin einen zentralen Platz einnehmen.

Vor wenigen Tagen wurde mit der Helsinki-Gruppe eine der letzten noch bestehenden Menschenrechtsorganisationen in Russland per Gerichtsbeschluss liquidiert. Der Richter führte in seiner offiziellen Erklärung aus, dass er mit der Entscheidung die "Bitte des russischen Justizministeriums" erfülle.

Wenn wir heute hier im Parlament über den Umgang mit Repression, über den Umgang mit Opposition und Widerstand sprechen. Dann sprechen wir nicht nur über Geschichte. Dieses Thema ist tagesaktuell.

In diesen Momenten wird schmerzhaft deutlich, wie nah Gegenwart und Geschichte beieinander liegen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich Ihnen die Dringlichkeit des **Campus für Demokratie** und besonders des **Forums Opposition und Widerstand** nahebringen konnte. Die Erinnerung und Aufarbeitung unserer Freiheitsgeschichte ist von großer politischer Bedeutung.

Deshalb appelliere ich von dieser Stelle an die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages:** Die Regierungskoalition hat sich ausdrücklich zur Entwicklung des Campus für Demokratie bekannt. Den Worten müssen nun konkrete Taten folgen. Das Abgeordnetenhaus macht es mit dem heutigen Antrag vor und geht den ersten Schritt. Ich appelliere daher an den Bundestag zeitnah ebenso einen entsprechenden Beschluss zur Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand im Campus für Demokratie zu fassen. Der Bundestag würde damit die herausragende nationale und internationale Bedeutung dieses historischen Areals herausheben. Das wäre gerade jetzt, wo wir in diesem Jahr den 70. Jahrestag des Volksaufstandes begehen, ein starkes Signal. Es wäre nichts anderes als ein klares Bekenntnis zu unserer gemeinsamen Verantwortung für die deutsche Freiheitsgeschichte, wenn der Antrag bis zu diesem Gedenktag eingebracht werden würde.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, spreche ich Ihnen meinen **aufrichtigen Dank** für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die große Unterstützung aus. Diese Unterstützung war mir in meiner fünfjährigen Amtszeit ein starker Antrieb. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat damit deutlich gezeigt, dass ihm die Aufarbeitung der SED-Diktatur

und deren Überwindung durch die Friedliche Revolution ein sehr wichtiges Anliegen ist. Ich hoffe, dass Sie meinem Nachfolger die gleiche Unterstützung zukommen lassen.

Es war mir eine große Ehre. Danke Ihnen allen!